



Waffenkäufer im Bundesstaat Utah

USA

Politische Waffe

Taktisches Kalkül beherrscht die Debatte um schärfere Waffengesetze in den Vereinigten Staaten. Präsident Barack Obama schlug vergangene Woche eine umfassende Reform vor. Demnach soll das Verbot von Sturmgewehren, das schon einmal von 1994 bis 2004 bestand, erneuert werden. Auch sollen künftig nur noch Magazine mit maximal zehn Schuss erlaubt sein. Im konservativ beherrschten Repräsentantenhaus ist das Scheitern der Initiative jedoch wahrscheinlich: Kein führender Republikaner hat bislang Unterstützung signalisiert. Die mächtige National Rifle Association hat seit dem Schulmassaker von Newtown nach eigenen Angaben sogar 250 000 neue Mitglieder gewonnen. Nur 39 Prozent der Amerikaner glauben laut einer Umfrage des Senders CNN, strengere Waffengesetze würden Bluttaten ein-

dämmen. Obama wolle seine Vorschläge trotzdem vorantreiben, um für andere Anliegen seiner zweiten Amtszeit mehr Schwung zu gewinnen, urteilt das Internetportal Politico. Wesentlich weiter ist New Yorks demokratischer Gouverneur Andrew Cuomo, der 2016 als Präsidentschaftsbewerber antreten könnte und bei der linken Parteibasis punkten möchte. Cuomo hat vergangene Woche verschärfte Waffengesetze in seinem Bundesstaat durchgesetzt, die Obamas Plänen gleichen. „Die Vernunft kann siegen“, sagte er. „Aber nur wenige Gouverneure verfolgen bislang ähnliche Ideen. Dabei hat es seit Newtown vier Angriffe mit Schusswaffen auf Schulen und Universitäten gegeben, bei denen zwei Menschen starben und sechs verwundet wurden. Das Internetmagazin „Slate“ zählte seither 1013 Tote durch Feuerwaffen, Suizide nicht mitgerechnet. Durchschnittlich sterben in den USA jeden Tag 32 Menschen an Schussverletzungen bei Verbrechen. Die meisten stammen von Pistolen, nicht von Sturmgewehren.“

GRIECHENLAND

Nächtlicher Terror

Erneut erschüttert eine Serie von Anschlägen linker Terrorgruppen Griechenland. Vorigen Mittwoch war vor dem Eingang des beliebten Nachtclubs Fotaerio in Athen eine scharfe Handgranate entdeckt worden, die von der Polizei kontrolliert gesprengt wurde. Zwei Tage zuvor hatten mehrere Vermummte Schüsse auf die Parteizentrale von Ministerpräsident Antonis Samaras abgefeuert – weil die Büros in den Nachtstunden unbesetzt waren, kam niemand zu Schaden. Das Fluchtauto der Attentäter wurde später ausgebrannt an der Küste gefunden. Die Schüsse sind der bisherige Höhepunkt einer Serie von über 20 Brandanschlägen und Attacken in den vergangenen Tagen auf Banken, Parteibüros, Wohnungen von Journalisten und öffentliche Gebäude, darunter auch das Privatbüro von Regierungssprecher Simos Kedikoglou und das Haus eines früheren Verteidigungsministers. Kedikoglou warnte daraufhin vor einer „gefährlichen Eskalation des Terrors“, Premier Samaras berief einen Krisengipfel ein und erklärte: „Die Demokratie wird sich nicht einschüchtern lassen.“ Über die Motive der Täter wird noch gerätselt. Während bei der Granate ein krimineller Hintergrund möglich ist, liegen für die anderen Attentate Bekennerschreiben auf der Anarcho-Website Athens Indy-media vor, meist jedoch anonym. Lediglich für einige Brandanschläge übernimmt eine bislang unbekannte Gruppe namens „Kämpfende Minderheit“ die Verantwortung. Ihre Aktionen erinnern an jene der Bewegung „Verschwörung der Feuerzellen“, die zwischen 2008 und 2010 Politiker und Unternehmen terrorisiert hatte.

LATEINAMERIKA

Ende der Ölgeschenke?

Nicht nur die Anhänger von Präsident Hugo Chávez, sondern auch seine Verbündeten in der Region bangen um die Genesung ihres krebserkrankten Idols. Denn bislang gehörte es zur Politik des Caudillo, befreundete Regierungen mit subventionierten Öllieferungen zu unterstützen. Sollte er sterben, so fürchten sie, könnte sein Nachfolger weniger spendabel sein. Staaten wie



Chávez-Graffiti in Caracas

Kuba, Nicaragua, Jamaika und die Dominikanische Republik hängen am venezolanischen Tropf und bezahlen unter anderem mit Nahrungsmitteln wie Bohnen, Zucker, Fleisch und Milch. Zurzeit erhalten 17 Länder Lateinamerikas täglich rund 243 000 Barrel Öl, das sind etwa acht Prozent der venezolanischen Produktion. Kuba verkauft das verbilligte Öl zu Weltmarktpreisen weiter, auf diese Weise sichert das Castro-Regime sein wirtschaftliches Überleben. Ohne die Subventionen dürften viele Volkswirtschaften in der Region in Not geraten.